

Die Migrant\*innensession 2022 beider Basel hat unter Anderem Anliegen und Forderungen zu Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an Schulen verabschiedet, die in diesem Anzug aufgenommen werden.

Kulturelle Vielfalt stellt für die Schweiz und den Kanton Basel-Stadt eine Bereicherung dar. Um den Wandel hin zu einer pluralistischen Gesellschaft weiterhin erfolgreich zu gestalten, ist es wichtig, Schulen und deren Personal zu den Themen Diversität, Rassismus- und Diskriminierungsbekämpfung fit zu machen.

Eine grosse Anzahl von Kindern erfährt Ausgrenzung in der Schule. So wurden im letzten Jahr dem Beratungsnetz für Rassismuscopfer 630 Fälle rassistischer Diskriminierung gemeldet. Auffallend ist der Anstieg an Vorfällen im Bildungswesen, wobei es sich insbesondere um Anti-Schwarzen Rassismus handelt. Rassismus und Diskriminierung kann auf allen Bildungsstufen vorkommen; zum Beispiel bei der Bewertung der schulischen Leistungen, bei pädagogischen Massnahmen oder in Form von Äusserungen, Ausgrenzungsmechanismen, physischer und/ oder seelischer Gewalt oder Mobbing seitens Lehrpersonen sowie Mitschüler\*innen.

Eine zentrale Rolle kommt bei der Diskriminierungsbekämpfung den Lehrpersonen zu. Sie müssen entsprechend sensibilisiert und aus- und weitergebildet werden. Leider werden sowohl in der Ausbildung als auch in den Lehrplänen Rassismus und rassistische Diskriminierung aber nicht als Priorität behandelt und auch die Reproduktion von Rassismus und Kolonialismus im Schulkontext – beispielsweise auch in Schulbüchern – wird noch zu wenig aufmerksam verhindert.

2020 und 2021 wurden die Petitionen «P425 betreffend Diskriminierungsfreie Schule» und P434 «Gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht, Religion, Hautfarbe und/oder Herkunft» eingereicht. Der Bericht der Petitionskommission vom 31.8.2022 zeigt auf, dass verschiedene Bemühungen unternommen wurden, um Diskriminierungen an Schulen zu begegnen. Es wird aber auch deutlich, dass weiter Handlungsbedarf besteht. Rassismus und Diskriminierung müssen im Rahmen der Ausbildungen einen grösseren Stellenwert einnehmen und es braucht eine verbindlichere und umfassendere Thematisierung dieser Themen im Unterricht und in den Lehrplänen. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat entsprechend konkrete Schritte zu unternehmen:

1. Massnahmen zur zielgerichteten und wirksamen Beratung und Unterstützung von Jugendlichen und Eltern bei Fällen von Rassismus und Diskriminierung in der Schule durch Schulsozialarbeiter\*innen. Insbesondere: Bereitstellung der notwendigen Ressourcen personeller, materieller, organisatorischer und struktureller Natur.
2. Systematische Erfassung und Monitoring von Diskriminierungserfahrungen und konkreten Fällen rassistischer Diskriminierung und von anderen Formen der Diskriminierung in den Schulen des Kantons Basel-Stadt mit dem Ziel, Benachteiligungen zu identifizieren, die Schulen dafür zu sensibilisieren, und die Prävention, Beratung und Unterstützung durch den Kanton zu verbessern.
3. Schaffung von Weiterbildungsangeboten zum Thema am PZ.BS. Beispielsweise zu Handlungsstrategien für Lehrpersonen bei diskriminierenden Vorfällen; zur Erkennung von (rassistischen) Ausgrenzungsmechanismen; zum pädagogischen Umgang mit in Lehrmitteln zu findenden Stereotypen und zur Reflexion eigener Vorurteile und Privilegien.
4. Stärkung des Fachpools und des Beratungsangebots betreffend Diversität und Diskriminierung am PZ.BS und Verbesserung der Bekanntheit dieser Angebote an Schulen.
5. Einbezug von Fachpersonen für Antirassismus und Diversitätsförderung bei der Evaluation neuer Lehrmittel.
6. Erstellen einer Diversity-Management-Strategie damit Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color, queere Menschen und Menschen mit Behinderung bei den Anstellungen im Erziehungsdepartement angemessen berücksichtigt werden.

Claudio Miozzari, Barbara Heer, Amina Trevisan, Beatrice Messerli, Philip Karger, Fleur Weibel, Mahir Kabakci, Balz Herter, Sandra Bothe